

## A n t w o r t

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Damian Lohr (AfD)  
– Drucksache 17/217 –

### Kosten/Leistungen der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG bei der Veräußerung der Anteile des Landes an der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH

Die Kleine Anfrage – Drucksache 17/217 – vom 22. Juni 2016 hat folgenden Wortlaut:

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG diene der Landesregierung als Transaktionspartner bei der Veräußerung der Anteile an der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH. KPMG gab hierzu an, dass ihr ein Recht zur Bewertung der Konzepte der potentiellen Käufer nicht zustand, sondern durften nach einem Verbotsdiktum der Europäischen Kommission nur den Kaufpreis bewerten. Ich frage die Landesregierung:

1. Wie lautet der konkrete Auftrag an die KPMG im Zuge des Verkaufs der Anteile?
2. Welche Prüfungsaufträge zur Bewertung der Wirtschaftlichkeit sind in dem Dienstleistungsvertrag/den Dienstleistungsverträgen enthalten?
3. Welche Kosten entstanden dem Land Rheinland-Pfalz durch die Beratungstätigkeit der KPMG in Summe?
4. Welche Leistungen wurden letztlich durch die KPMG erbracht?
5. Welche konkreten Prüfungsaufträge wurden durch die europäische Kommission verhindert?

Das Ministerium des Innern und für Sport hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 14. Juli 2016 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1, 2 und 4:

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wurde 2012 als Transaktionsberater beauftragt. Wesentliche Gegenstände des Auftrags waren die Vorbereitung und Durchführung einer Markterkundung und in diesem Zusammenhang die Analyse von Modellen zur Weiterentwicklung des Flughafens Frankfurt-Hahn sowie die Begleitung des Landes bei der Vorbereitung und Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens. Hierzu zählen insbesondere die Erstellung der notwendigen Verfahrensunterlagen für das Ausschreibungsverfahren, die Steuerung eines internationalen, transparenten Bieterverfahrens, die Erstellung und Zusammenführung der notwendigen Unternehmensdokumentationen sowie Organisation und Abwicklung der Due Diligence (insbes. Datenraum) für ausgewählte Bieter, die Beantwortung von Bieterfragen, die Beratung bei der Vertragsgestaltung und Unterstützung bei Bieterverhandlungen, die betriebswirtschaftliche Beratung bei der Vertragsgestaltung, die regelmäßige Abstimmung der Verfahrensunterlagen und -stände mit der Europäischen Kommission, die informelle Vorabstimmung einer Notifizierung von Betriebsbeihilfen durch die Europäische Kommission auf Basis des Businessplans des präferierten Bieters sowie die laufende Unterstützung des Auftraggebers bei der Vorstellung des Ausschreibungsverfahrens in Gremien des Landes.

Rechtsberatungsleistungen werden durch die KPMG Rechtsanwaltsgesellschaft mbH erbracht. Hierzu zählt die rechtliche, insbesondere EU-beihilferechtliche und vergaberechtliche Beratung des Landes im Zusammenhang mit der Restrukturierung der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH und der Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens. Ergänzt wird die Aufgabe durch die Einrichtung und Organisation eines virtuellen Datenraums. Darüber hinaus erfolgten drei Beauftragungen der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zur Überwachung der Liquiditätsentwicklung der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH im Zusammenhang mit den Gesellschafterdarlehensverträgen.

Die KPMG Rechtsanwaltsgesellschaft mbH wurde im August 2015 zu dem mit der Durchführung einer Integrity Due Diligence des auszuwählenden Bieters mit entsprechender Berichterstattung beauftragt. Dabei handelt es sich um eine Prüfung auf Gesetzesverstöße und Bonitätsrisiken auf der Grundlage verschiedener Quellen. In China waren dies u. a. das „Business Credit Information Search System of Enterprises in China der State Administration of Industry and Commerce“ (BICSS-SAIC) und die „Shanghai State Administration for Industry & Commerce“ (Shanghai AIC) sowie zahlreiche Datenbanken, u. a. des National Bureau of Corruption

b. w.

Prevention of China, der Insurance Regulatory Commission China sowie der Securities Regulatory Commission. Zusätzlich wurden bezüglich etwaiger Tätigkeiten in Deutschland u. a. Handelsregister-, Bundesanzeiger- und Creditreform-Auskünfte eingeholt. Zur ordnungsgemäßen Errichtung der Gesellschaft Shanghai Yiqian Trading Co. Ltd., ihren Gesellschaftern und deren Anteilshöhe, der Vertretungsberechtigung von Herrn Dr. Yu Chou Tao sowie der Zulässigkeit des Erwerbs der 82,5 Prozent-Beteiligung nach chinesischem Recht hat die Shanghai Yiqian Trading Co. Ltd. auf Verlangen des Landes zudem eine rechtliche Stellungnahme (sog. Legal Opinion) einer chinesischen Rechtsanwaltskanzlei vorgelegt. Die Vorlage einer Legal Opinion zu den genannten Aspekten ist gängige Praxis und wird etwa beim Abschluss von Konsortialkreditverträgen von den finanzierenden Banken regelmäßig verlangt. Diese Verfahrensweise wurde so von KPMG vorgeschlagen. KPMG hat nach dem Ergebnis der Prüfungen keine Anhaltspunkte gesehen, die einem Verkauf des Geschäftsanteils des Landes an der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH an die Shanghai Yiqian Trading Co. Ltd. entgegenstehen.

Zu Frage 3:

Im Zusammenhang mit dem Gesamtprojekt Flughafen Frankfurt-Hahn entstanden dem Land seit 2012 bis heute aus der Beauftragung der KPMG insgesamt Beratungskosten in Höhe von rund 6,25 Mio. Euro (inkl. MwSt.), die sich während der einzelnen Phasen wie folgt aufschlüsseln (in Euro gerundet, inkl. MwSt.):

		Pauschalen	Kosten Manntage	Anzahl Manntage	Auslagen/ Nebenkosten	Summe der Kosten
Neuausrichtung und Vorbereitungsphase bis März 2015	Transaktionsberatung	827 000	618 000	301		1 445 000
	Rechtsberatung		2 105 000	845	76 000	2 181 000
Ausschreibungsphase bis November 2015	Transaktionsberatung		558 000	278	9 000	567 000
	Rechtsberatung		771 000	294	27 000	798 000
Verkaufs- und Verhandlungsphase bis heute	Transaktionsberatung		453 000	226		453 000
	Rechtsberatung		393 000	147	15 000	408 000
Beratungskosten im Zusammenhang mit Gesellschafterdarlehen			357 000	151	42 000	399 000

Das Land prüft derzeit etwaige Haftungsansprüche gegen KPMG.

Zu Frage 5:

In den offiziellen „Arbeitsunterlagen der Kommissionsdienststellen“ vom 10. Februar 2012 (Leitfaden zu beihilferechtskonformen Finanzierung, Umstrukturierung und Privatisierung staatseigener Unternehmen) heißt es, dass das Unternehmen an den Meistbietenden veräußert werden muss und an keine weiteren Bedingungen geknüpft sein darf. Insofern durfte der Businessplan von der Landesregierung nicht als Auswahlkriterium für die Zuschlagserteilung herangezogen werden.

Gemäß den Luftverkehrsleitlinien 2014 (Rn. 121/126) prüft die Kommission den Businessplan des Käufers allerdings selbst als Voraussetzung für die in Aussicht gestellte Genehmigung der vom Land an die Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH zu gewährende Betriebsbeihilfen.

In Vertretung:  
Randolf Stich  
Staatssekretär